

Lieselotte Wohlgenannt

GRUNDEINKOMMEN für ALLE

Ein allgemeines, bedingungsloses Grundeinkommen ist ein Bürgerrecht, das allen Mitgliedern der Gesellschaft, allen Österreicherinnen, allen die dauerhaft hier leben (oder allen EU-BürgerInnen, falls es EU-weit eingeführt würde) als Bürgerrecht zusteht.

I. Grundeinkommen

Grundeinkommen ist :

- allgemein / bedingungslos, als Rechtsanspruch, für alle Mitglieder einer Gesellschaft oder alle, die in einem bestimmten Land, oder einer Staatengemeinschaft, dauerhaft wohnen,
- existenzsichernd, so dass auch politische und kulturelle Teilhabe in der betreffenden Gesellschaft möglich ist,
- auf die Einzelperson bezogen, ohne Berücksichtigung oder Kontrolle von Familienleben oder Beziehungen,
- arbeitsunabhängig, ohne Nachweis einer konkreten Arbeit oder Tätigkeit, von Arbeitsbereitschaft oder Arbeitsfähigkeit, von Arbeitsunfähigkeit oder Krankheit;
- Leistungsfreundlich und ohne Armutsfalle, weil eigenes Einkommen das verfügbare Einkommen immer erhöht,
- demokratisch, weil alle Mitglieder der Gesellschaft Grundeinkommen bekommen.

Grundeinkommen stärkt die Eigenverantwortung, fördert Flexibilität und Innovation, entlastet den Arbeitsmarkt und ermöglicht vielfältiges Engagement in Familie und Gesellschaft. Da mit Grundeinkommen jedes zusätzliche Einkommen das verfügbare Einkommen erhöht, ist jede Art von Zuverdienst sinnvoll, wobei der Druck wegfällt, jede Arbeit unter allen Bedingungen annehmen zu müssen.

Das Positionspapier „Grundeinkommen 2006“

des Netzwerkes „Grundeinkommen und Sozialer Zusammenhalt“, das am 30. Mai 2006 in einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, tritt für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein, im Sinne eines „Rechts auf soziale Sicherheit“, und in der „Überzeugung, damit sowohl die individuelle Wahlfreiheit in der Lebensführung als auch den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu bestärken.“

I. Grundeinkommen und Arbeit

Es gibt viele gute und wichtige Gründe für Grundeinkommen. Es geht um

- Menschenwürde und Menschenrechte, um
- Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Teilhaberechte, es geht auch um
- Ökologie und Zukunft.

Für uns heute in Europa stehen die Veränderungen der Wirtschaft im Mittelpunkt, und insbesondere deren Auswirkungen auf die Erwerbsarbeit und die soziale Sicherheit:

Wir leben in einer Zeit rascher Veränderungen aller gesellschaftlichen Bereiche: Politik (EU, Globalisierung), Familien, Gesundheit und Demographie, Wirtschaft und Arbeitswelt, Kommunikationsmittel und viele konkrete Formen des Lebens und Zusammenlebens. Wer denkt heute noch daran, dass das Fernsehen vor weniger als 50 Jahren bei uns Einzug gehalten hat, die ersten Computer zur Textverarbeitung in den Büros tauchten in den 80-er Jahren des 20. Jhdts auf, und die Verallgemeinerung des Handys ist ein Phänomen der letzten 10 Jahre. Heute sieht die ganze Welt innerhalb weniger Minuten dieselben Bilder von Informationen und Katastrophen, es werden

innerhalb von Sekunden Milliardenbeträge quer über die Erde verschickt, manchmal mit schwerwiegenden realpolitischen Folgen. Flugtickets für europäische Airlines werden in Indien ausgestellt – oder zuhause im Computer ausgedruckt. Einzelne Bestandteile industrieller Produkte werden aus den unterschiedlichsten Weltgegenden zusammengeführt und „just in time“ direkt auf das Band geliefert, auf dem sie zusammengestellt werden. Niedrige Arbeitslöhne in weniger entwickelten Ländern und billige Transporte machen vieles möglich, und alles ist in ständiger Veränderung begriffen. Produktionen wandern weiter zu immer billigeren Arbeitskräften und schnelleren Anbietern. Ökologische und soziale Ansprüche werden dabei oft ignoriert.

Die wesentliche Antriebskraft dieser Veränderungen ist die Technologie der Mikro-Elektronik, die in immer mehr Bereiche Einzug hält. Sie beruht weit mehr auf wissenschaftlicher Forschung und Erkenntnis und deren Weiterentwicklung als auf dem Einsatz realer Mittel. Es ist deshalb nicht falsch zu sagen: Wir leben in einer Wissensgesellschaft.

Erwerbsarbeit und Sozialstaat in Österreich und der EU

Die Veränderungen in der weltweiten Organisation der Wirtschaft bleiben nicht ohne Auswirkungen auf unser Land. Die Arbeitsgesellschaft, die unser gesamtes gesellschaftliches Leben seit Jahrzehnten prägt, ist in einem tiefgreifenden Wandel begriffen. Der weltweite Flexibilisierungsprozess verändert wesentliche Bereiche unseres Lebens und Zusammenlebens. Hohe, seit Jahrzehnten steigende Arbeitslosenraten sind ein deutliches Zeichen. Die Zahl der Arbeitssuchenden steigt, und auch wenn die Zahl der Beschäftigten ebenfalls steigt, so steht dahinter meist keine Ausweitung der effektiv geleisteten Arbeitsstunden, sondern Arbeitszeitverkürzung in Form von Teilzeit und befristeter Verträge, und verschiedene neue Formen flexibler Arbeitsorganisation (neue Selbständige, Ich-Gesellschaften, Out-Sourcing).

Der auf traditioneller, dauerhafter, regelmäßiger Erwerbsarbeit im Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis aufgebaute Sozialstaat gerät damit unter Druck. Die Überforderung hat Gründe.

Soziale Sicherheit wird aus Beiträgen derer finanziert, die Erwerbsarbeit leisten, doch diese wird weniger gebraucht und ändert sich:

- vom dauerhaften Arbeitsverhältnis zu vielen Jobwechseln.
- vom einmal erlernten Beruf zu ständiger Neuorientierung,
- von dauerhafter Existenzsicherung zu prekären Arbeitsverhältnissen, befristeter Arbeit, Teilzeit und Projektarbeit, Leiharbeit oder Schein-Selbständigkeit, oft nicht existenzsichernd und ohne Sozialversicherungsschutz,
- von der Sicherheit eines Normalarbeitsverhältnisses zur ständigen Unsicherheit.

Deshalb braucht es neue Instrumente der sozialen Sicherheit, als Ergänzung zu den traditionellen, erwerbsarbeitszentrierten Sozialversicherungen.

Wir leben in einer reichen Gesellschaft. Das Bruttosozialprodukt wächst, doch die Einkommen werden ungleicher. Die Unterschiede zwischen Reich und Arm werden größer, die Armut nimmt zu, weil die Verteilung über die Erwerbsarbeit nicht mehr funktioniert. Verarmung reicht teilweise bis in die mittleren Einkommensschichten und Unsicherheit nimmt zu. Damit wird der Arbeitsplatz zum „höchsten Gut“, freigewählte Flexibilität, zeitweiliger Verzicht auf Erwerbsarbeit, Ausstieg, um etwas neues zu lernen oder anzufangen, werden zum unkalkulierbaren Risiko.

Arbeitsplätze als politisches Ziel ?

Arbeit hat ihr Ziel nicht in sich selbst, sondern in der Erfüllung menschlicher Bedürfnisse. Wer arbeitet sorgt damit für den eigenen Lebensunterhalt und den seiner/ihrer Familie (wirtschaftliche Funktion), leistet einen Beitrag für die Gesellschaft (Sozialfunktion) und entwickelt sich als Mensch mit seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten (Individualfunktion). Dies ist einer der Gründe, weshalb gerade die Jugendarbeitslosigkeit – die jungen Menschen die Chance vorenthält, sich selbst zu entwickeln und sich als wichtiges Glied der Gesellschaft zu erleben - besondere Sorgen bereitet.

Arbeit ist nicht gleich Erwerbsarbeit

Unsere Gesellschaft ist durch die Erwerbsarbeit strukturiert, bis hinein in die persönlichen und familiären Rhythmen und die gemeinsame Lebensgestaltung. Arbeit und Freizeit prägen den Tag, die Woche, das Jahr. Allerdings ist mit der traditionellen Arbeitsgesellschaft auch diese Struktur in Frage gestellt – siehe die Forderung

nach Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen, nach Ausdehnung der Sonntagsarbeit, auch wo es keine zwingenden Gründe gibt, nach Abschaffung von Feiertagen u.a.m.

Die erwerbsarbeitszentrierte Gesellschaft ist blind für die Tatsache, dass ein großer Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit erbracht wird. Ohne die Arbeit in den Familien, ohne die vielfältige Freiwilligenarbeit in sozialen Einrichtungen, in Sport-, Musik- und sonstigen Vereinen, ohne die Freiwillige Feuerwehr und vieles andere wäre unsere Gesellschaft gar nicht lebensfähig. Der Wert dieser Arbeit ist nicht geringer, weil sie nicht bezahlt und in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ignoriert wird.

Für die Politik bedeutet Ausdehnung der Erwerbsarbeit mehr Einnahmen an Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben. Wenn möglichst viel der bisher unbezahlt geleisteten Arbeit in Erwerbsarbeit verwandelt würde, könnte der Geldumlauf erhöht, mehr Steuern und Abgaben bezahlt werden. Der reale (Gebrauchs-) Wert dieser gesellschaftlich notwendigen Leistungen ändert sich damit nicht. Wirklich reicher würden wir nicht, wenn sich die Menge und Art der geleisteten Arbeit nicht ändert. Im Gegenteil: Wo nur noch das Geld zählt, wo Beziehungen immer mehr über finanzielle Transaktionen laufen, wird der gesellschaftliche Zusammenhalt nach und nach zerstört. Eine Gesellschaft, in der alles über Geld verrechnet würde, ist eine Horrorvorstellung.

Das bedeutet nicht, dass es nicht auch Wachstum und neue Arbeitsplätze geben muss in Form neuer Produkte und Dienstleistungen, durch Innovation und Investitionen. Mit Rücksicht auf die ökologische Entwicklung müssen dabei ressourcenschonende Technologien im Vordergrund stehen. Wirtschaft ist notwendigerweise in ständiger Veränderung begriffen nicht nur unter dem Druck des Wettbewerbs. Dabei werden neue Arbeitsplätze geschaffen, andere gehen verloren. Tendenziell heißt innovationsinduziertes Wachstum höhere Produktivität mit weniger Einsatz menschlicher Arbeit.

Grundeinkommen ist ein Mittel zur Verteilung von Arbeit und Einkommen auf der Basis einer neuen Form der Sicherheit. Würden sich 5-10% der Beschäftigten entschließen, ein Jahr lang sich eine Sabbatzeit zu gönnen – um der Familie willen, um Neues zu lernen, etwas neues auszuprobieren, wäre der Arbeitsmarkt entsprechend entlastet. Dafür ist es notwendig, dass alle Grundeinkommen bekommen, weil nur so auch besser Gebildete und ganz normale Beschäftigte (und nicht nur Arbeitslose) sich zu einem zeitweisen Ausstieg, einer „Sabbatzeit“ entscheiden können.

Grundeinkommen ist finanzierbar

Jede Gesellschaft, die die nötigen Ressourcen hat, allen ihren Mitgliedern das für ein menschenwürdiges Leben Notwendige verfügbar zu machen, kann sich ein Grundeinkommen leisten.

Wir sind als Gesellschaft reicher als je zuvor, die "Unfinanzierbarkeit" wesentlicher gesellschaftlicher Einrichtungen ist in erster Linie ein Verteilungsproblem. Durch die Bedeutung der Finanzierung über Erwerbsarbeit kommen in erster Linie die Sozialversicherungen unter Druck. Trotzdem funktioniert der österreichische Sozialstaat trotz allem noch recht gut. Bedürftigen wird das Recht auf das Notwendige zugestanden, auch wenn die Einforderung dieses Rechts manchmal mit allerlei Demütigungen verbunden ist und die dann gewährten Mittel oft kaum zum Leben reichen.

Wie viel ein Grundeinkommen kosten würde, hängt nicht nur von der Höhe ab, sondern auch von der Art der Integration in das Steuersystem. Vermutlich könnte ein bedardeckendes Grundeinkommen nicht mit einem Schritt eingeführt werden. Wichtig wäre, dass jeder Schritt gut vorgeplant und eine Verbesserung des status quo sein müsste.

Steuersystem und Absetzbeträge

Die Einführung von Grundeinkommen müsste mit einer Umstrukturierung des Steuersystems Hand in Hand gehen. Dazu gehört in erster Linie eine Entlastung der Erwerbsarbeit von Steuern und Abgaben und eine breitere Steuerbasis durch stärkere Einbeziehung anderer Betriebsausgaben und/oder der Wertschöpfung. Eine höhere Belastung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen, vor allem von Energie, ist auch aus ökologischen

Gründen absolut notwendig. Vermögen könnte stärker besteuert werden, unter anderem auch, wenn es vererbt wird.

Mit der Einführung eines bedarfdeckenden Grundeinkommens würden aber auch administrative Kosten und einige Sozialleistungen überflüssig werden. Wegfallen würde – bei einem bedarfdeckenden Grundeinkommen – Familienbeihilfe und Kindergeld, Sozialhilfe, Krankengeld. Was bleiben müsste wäre die Krankenversicherung – und zwar für alle – und die (allenfalls angepassten) beitragsfinanzierten Sozialversicherungen. Bleiben – und zum Teil verstärkt werden – müssten alle Einrichtungen sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Infrastruktur. alle Einrichtungen sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, aber auch z.B. öffentlicher Verkehr und manches andere, was für das Gemeinwohl wichtig ist.

Im Rahmen einer grundlegenden Steuerreform könnte Grundeinkommen zum Beispiel in Form allgemeiner Absetzbeträge eingeführt werden, die nach Wunsch im Vorhinein ausbezahlt werden und auf jeden Fall am Jahresende mit den anfallenden Steuern aus sonstigen Einkommen zu verrechnen sind. Dafür wäre auch eine entsprechende Anpassung der Einkommensteuern erforderlich.

Grundeinkommen ist gerecht

Die Grundlage jeden Wirtschaftens bilden die Güter der Erde, die allen Menschen gemeinsam gehören. Dasselbe gilt auch für alle jene Errungenschaften, Wissen und Können, das auf Basis der Güter der Erde und menschlicher Innovationskraft im Laufe der Geschichte geschaffen wurde.

Die hohe Produktivität unserer Wirtschaft ist das Resultat einer langen und ständig weiter fortschreitenden Entwicklung, von der Einführung des Ackerbaus über die Erfindung der Schrift bis zur elektronischen Datenverarbeitung, die unsere heutige Arbeitswelt prägt. Jeder und jede Erwerbstätige, der oder die heute ein hohes Einkommen bezieht, hat dies nicht allein seiner persönlichen Tüchtigkeit, sondern all diesen Vorleistungen zu verdanken. Umverteilung, so dass alle an dem Ergebnis dieser Grundlage teilhaben können, ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Grundeinkommen ist gerecht, weil es die Beteiligung aller an den Gütern der Erde und dem gemeinsamen Erbe der Menschheit sicherstellt. Grundeinkommen entspricht auch der Forderung der Subsidiarität, weil es die einzelnen in die Lage versetzt, selbst aktiv zu werden. Und es entspricht der Solidarität als gemeinsame Sorge, Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle das für ihr Leben und ihre Entwicklung notwendige haben. Vor allem aber entspricht Grundeinkommen der Menschenwürde und dem Recht auf Leben, die die Basis jeden gerechten menschlichen Zusammenlebens bilden.

Grundeinkommen und Ökologie

In den reichen Ländern kann Grundeinkommen ein Beitrag sein zu einer Umkehr zu einer stärker ökologisch ausgerichteten Wirtschaft,

- weil der Druck, Arbeitsplätze um jeden Preis zu schaffen, geringer wird,
- weil der Druck, kontinuierlich im sozialversicherungsmäßig geschützten Erwerbsarbeits-Bereich zu bleiben geringer wird,
- weil Eigenversorgung und ökologische Landwirtschaft, Reparaturen und eine Vielzahl von kleinen Initiativen von handwerklichen Erzeugungen bis hin zu Tauschkreisen durch GE gefördert werden

Grundeinkommen in der Politik

Um Grundeinkommen zum politischen Thema zu machen, braucht es eine breite Basis von Menschen, die das wollen und dafür eintreten. Und es braucht die Einsicht von Politikern, dass Grundeinkommen beitragen würde, eine Reihe sich stellender Probleme besser zu lösen als es mit den heute zur Verfügung stehenden Mitteln möglich ist. Beides verlangt nach einem breiten Bewusstseinsbildungsprozess.

Seit etwa zwei Jahren entstehen in vielen europäischen Ländern, v.a. in Deutschland, bei uns in Österreich und in der Schweiz neue Gruppen, die für die Einführung eines Grundeinkommens werben. Dazu kommt, dass in den USA und Kanada neue Gruppen sich gebildet haben, und auch in Ländern Lateinamerikas und in Afrika

Grundeinkommen zum Thema geworden ist. Wenn es gelingt, daraus eine Bewegung entstehen zu lassen, werden die politischen Parteien nicht mehr daran vorbeikommen.

Eine Partei, die ausdrücklich Grundeinkommen als Basis und Thema hat, ist die Belgische Partei VIVANT, die auch einen Europa-Ableger hat und seit kurzem eine Tochterpartei in der Demokratischen Republik Kongo. In der Vergangenheit haben sich Grüne Parteien wie Ecolo in Belgien, die Deutschen Grünen und eine Zeit lang die österreichischen Grünen für Grundeinkommen eingesetzt, letztere treten heute für eine bedarfsorientierte Grundsicherung mit Grundeinkommens-Elementen ein. In Deutschland setzt sich die PDS/die Linken für GE ein. Grundeinkommen liegt quer zu den heutigen Hauptströmungen politischer Parteien und scheint schwer vereinbar mit dem Versprechen „Arbeitsplätze für alle“. Darüber hinaus löst es Ängste verschiedener Art aus: Angst vor Faulheit, Befürchtungen, es könnte zum Ausgrenzungsinstrument werden bis hin zur Befürchtung verstärkter Immigration.

Nicht zuletzt weckt auch der mit Grundeinkommen verbundene größere Freiheitsspielraum der Einzelnen Ängste – von der größeren Freiheit und Unabhängigkeit der Frauen bis zur politischen Einmischung.

Ob Grundeinkommen Wirklichkeit werden kann, hängt erstens davon ab, inwieweit wir uns damit auseinandersetzen und andere von den damit verbundenen Möglichkeiten und Chancen überzeugen, und es wird vom durch die Diskussion erzeugten politischen Willen abhängen, ob und wie es schließlich durchsetzbar wird.

II. Grundeinkommen weltweit

Die Gründe, die für ein GE in Österreich oder Europa gelten, gelten erst recht im weltweiten Zusammenhang.

- Menschenwürde und Recht auf Leben sind zwar in weltweit gültigen Dokumenten festgehalten, werden aber in der Realität mit Füßen getreten,

- Gerechtigkeit und Teilhaberechte haben keine Chance angesichts von Ungleichheit und Ungerechtigkeit, und von Armut, die für viele Menschen dieser Welt konkreten Hunger bedeutet, verbunden mit der Unmöglichkeit, die elementarsten Bedürfnisse zu erfüllen.

- Ökologie und Zukunftsorientierung: Damit alle Menschen dieser Welt ein menschenwürdiges Leben führen können, braucht es unter anderem auch Wachstum, materielles Wirtschaftswachstum, in vielen Ländern und Regionen des Südens. Wir wissen aber, dass sich der Verbrauch an materiellen Ressourcen, den sich die Reichen heute gönnen, nicht auf die ganze Welt ausdehnen lässt, schon deshalb nicht, weil die Reichen einen großen Teil der Ressourcen der Länder des Südens für sich verbrauchen.

Ein weltweites Grundeinkommen kann nicht unabhängig gedacht werden von der Notwendigkeit eines besseren Umgangs mit den Grenzen der Belastbarkeit des ökologischen Systems, und vom Ziel einer gerechteren Verteilung der natürlichen wie der technischen und wissenschaftlichen Ressourcen der Erde und der Menschheit.

Dabei ist vorerst die Frage zu stellen, ob ein weltweites Grundeinkommen heute möglich ist, bzw. nach den Bedingungen und Voraussetzungen dafür:

- weltweite Verfügbarkeit von Gütern und Ressourcen
- Finanzierungs-Möglichkeiten durch Umverteilung über finanzielle Transfers
- Die globalen Institutionen und die administrativen Möglichkeiten einzelner Länder und Regionen

Die Güter der Erde

Die fundamentale Frage lautet: Ist die Erde reich genug, alle 6 Milliarden Menschen von heute, und vielleicht 8 Milliarden in einigen Jahrzehnten, zu ernähren? Diese Möglichkeit wurde nicht nur zu Zeiten eines Malthus, sondern auch vor wenigen Jahrzehnten in Zweifel gestellt. Heute werden genügend Agrargüter erzeugt, um die ganze Welt zu ernähren. Allein der Streit um Exportsubventionen und freien Zugang zu den Agrarmärkten zeigt dies deutlich genug. Wenn Menschen trotzdem hungern, gibt es dafür mehrere „Schuldige“.

- Der erste Grund sind Kriege und kriegerische Auseinandersetzungen, verbunden mit Vertreibung von Bevölkerungen von ihrem Land (z.B. Süd-Sudan, Darfour).

- Der zweite sind Naturkatastrophen, wie Trockenheit, die in den letzten Jahren große Teile Afrikas heimgesucht hat. Zwar wäre hier in aller Regel die internationale Gemeinschaft bereit und in der Lage, mit Nahrungsmitteln zu helfen, würden die Regierungen dieser Länder um Hilfe ersuchen bzw. zulassen (z.B. Mugabe in Zimbabwe).

- Und dann gibt es Länder, reiche und weniger reiche, die genug Nahrungsmittel und Ressourcen hätten, damit alle genug zum Leben haben könnten, wo jedoch wirtschaftliche Strukturen und ungerechte Verteilung dies verhindern.

Es gibt heute keinen Mangel an Gütern, der verantwortlich wäre dafür, dass Menschen das Nötigste entbehren. Es gibt allerdings auch keine Garantie, dass die Erde auch in Zukunft eine Bevölkerung von dann vielleicht 8 Mrd Menschen oder mehr ernähren können wird, vor allem dann nicht, wenn die Ausbeutung ökologischer Ressourcen, die steigende Erderwärmung als Folge des ungebremsten Energieverbrauchs und der unüberlegte Umgang mit Boden und Wasser ungebremst weiter gehen.

Ein weltweites Grundeinkommen müsste dazu beitragen, die Probleme von Armut und Hunger in unserer Welt zu lösen, ökologisches, nachhaltiges Wirtschaften zu stärken und allen Menschen in ihrem eigenen Land ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Finanzielle Ressourcen

Ein US\$ pro Tag für derzeit 6 Milliarden Menschen würde in etwa 2 200 Mrd. \$ jährlich kosten (~ 5% der Weltproduktion). Geht man davon aus, dass der Anteil der Armen, für die tatsächlich zusätzliche Mittel aufgebracht werden müssten, etwa ein Viertel der Erdbevölkerung ist, wären es etwa 550 Mrd.\$ (= ~ 50% der Rüstungsausgaben).

Im Vergleich dazu

- Welt BSP: 40.000 Mrd. US-\$ 2004; (die Angaben schwanken zwischen 36,4 – für 2004 und 44 für 2006: d.h. in etwa 40 Billionen US-\$, eine Zahl mit 12 Nullen)
- Entwicklungshilfe ODA 2005: 106,5 Mrd. US-\$, statt 160, die als notwendig für die Entwicklung der ärmsten Länder errechnet wurden, und weit entfernt von den mit Hilfe der angestrebten 0,7% des BSP zu erreichenden 200 Mrd US-\$ für 2015.
- weltweite Rüstungsausgaben 2005 laut SIPRI-Institut : 1118 Mrd.\$. Das sind 2,5% der gesamten Weltproduktion und über 170 \$ pro Kopf der Weltbevölkerung.

Die internationale Gemeinschaft

Geld ist ein Mittel; Armut ist Mangel an Gütern und Einrichtungen. Zum Mangel an Lebensgrundlagen (ökonomische Armut) kommt die Machtlosigkeit (politische Armut), kulturelle Armut in Form von Diskriminierung, Armut durch Krankheit oder Hoffnungslosigkeit, wenn keine Veränderung zum Besseren sichtbar wird. Armut wird wesentlich beeinflusst vom Vorhandensein (oder Fehlen) öffentlicher Einrichtungen.

Die UNO-Millenniums-Ziele

Die von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen beschlossenen Millenniums-Ziele nehmen diese Mehrdimensionalität der Armut in den Blick. Bis zum Jahr 2015 soll folgendes erreicht werden:

- extreme Armut und Hunger ausmerzen: Konkret soll von 1990 bis zum Jahr 2015 die Zahl jener Menschen, die mit weniger als einem \$ pro Tag leben müssen, halbiert werden. Ihre Zahl wurde auf 1 Mrd. Menschen geschätzt, mehr als 800 Millionen haben nicht genug zu essen.

Während im letzten Jahrzehnt die Zahl der Armen in vielen Ländern vor allem in Asien gesunken ist, ist sie in Afrika weiter gestiegen.

Weiters

- Grundschule für alle Kinder
- Geschlechtergerechtigkeit und Ermächtigung der Frauen
- Reduktion der Kindersterblichkeit
- Verbesserung der Gesundheit der Mütter
- Kampf gegen AIDS, Malaria und andere Krankheiten
- Schonung der Umwelt, Nachhaltigkeit

- Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft

Die Weltenwicklungskonferenz 2005 hat allerdings gezeigt, dass die Ziele weit entfernt sind und es bisher nicht gelungen ist, die notwendigen Mittel aufzubringen.

Was würde geschehen, wenn die Mitgliedsstaaten der UNO ein allgemeines Grundeinkommen beschließen und gleichzeitig die nötigen Mittel bereitstellen würden?

Verwaltung und Infrastruktur

Würde die UNO z.B. über die Weltbank den ärmsten Ländern die nötigen Finanzen für ein allgemeines Grundeinkommen zur Verfügung stellen, wären noch längst nicht alle Probleme gelöst. Um Geld zu den Empfängern zu bringen, braucht es

- eine staatliche Verwaltung, die weiß, wo wie viele Menschen leben – Geburtsregister, Meldeämter, Volkszählungen – in vielen Ländern nicht oder nur ansatzweise vorhanden;
- Infrastruktur für die Verteilung, Banken? Kreditkarten? Verkehrsinfrastruktur? Und verlässliche Beamte, damit das Geld nicht in dunklen Kanälen verschwindet;
- Geld hat nur einen Wert, wenn die entsprechenden Güter – in erster Linie Nahrungsmittel – verfügbar sind.

Grundeinkommen als Entwicklungsfaktor

Es kann nicht Sinn der Sache sein, Länder, die über genügend Ressourcen für die eigene Versorgung – im Sinne von bebaubarem Land, von Rohmaterialien zum Bau entsprechender Unterkünfte etc.- verfügen, mit Nahrungsmitteln zu beliefern. Grundeinkommen müsste als Hilfe zur Selbsthilfe zur Entwicklung des Grundbedarfssektors in solchen Ländern dienen. Ein internationaler Grundeinkommenstransfer, der letztlich nur zur Finanzierung von Importen dient, ohne zur Entwicklung von Wirtschaft, Verwaltung, Infrastruktur beizutragen, wird auf Dauer keine Lösung sein.

Das bedeutet nicht, dass es nicht auch Länder gibt, die auf Dauer auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln angewiesen sind; dazu gehören sicherlich Sahel-Länder wie Mali oder Niger. Jedenfalls müsste Grundeinkommen mit Begleitprogrammen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ergänzt werden, die je nach Land verschieden sein müssen. Dabei geht es in erster Linie um die Selbstversorgung mit Grundbedarfsgütern und den Aufbau einer sozialen Infrastruktur, von Schulen (und Schulpflicht) und um eine Mindestversorgung im Bereich der Gesundheit.

Da Grundeinkommen in einem ersten Schritt Kaufkraft verfügbar macht, würde eine Grundlage für Initiativen zur Entwicklung von Landwirtschaft, vor allem für den lokalen Bedarf, und allerlei kleine Gewerbebetriebe entstehen können.

UNO für Grundeinkommen?

Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die UNO oder andere supranationale oder internationale Institutionen finden, die sich ein weltweites Grundeinkommen zum Ziel setzen, ist derzeit gering, wie sich bereits bei den Schwierigkeiten zur Finanzierung der Millennium Goals zeigt. Die konkreten Schwierigkeiten in einzelnen Staaten wie das Fehlen einer funktionierenden Administration, einer genügend ausgebauten Verkehrs-Infrastruktur, eines Bankennetzes, um das Geld zu verteilen, müssten dabei überwunden werden.

Einige Dritt-Welt-Länder haben inzwischen Initiativen ergriffen, um selbst, aus eigener Kraft ein Grundeinkommen einzuführen. Dazu gehört vor allem Brasilien, das 2003 die Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens beschlossen hat und durch Zusammenlegung und Ausbau bestehender Programme, insbesondere zugunsten armer Familien, erste Schritte gesetzt hat.

In Südafrika, wo vor den letzten Wahlen sich eine starke BürgerInnenbewegung für Grundeinkommen gebildet hatte, wurden ebenfalls bestehende Sozialprogramme für Kinder und Alte ausgebaut. Für die große Zahl von HIV-Positiven und Aids-Kranken wurde ein medizinisches Programm mit einer finanziellen Hilfe verbunden. Das Ziel bleibt dennoch ein Grundeinkommen in der Höhe von 100 Rand für alle StaatsbürgerInnen, das Armut und Ungleichheit wesentlich reduzieren würde. Dieses Grundeinkommen sollte durch öffentliche Institutionen ausbezahlt und durch progressive Steuern finanziert werden. Es sollte nicht zuletzt auch einen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leisten. Die Befürworter sind überzeugt, dass ein Minimum von

Sicherheit Menschen befähigt, in Arbeitsuche oder Mini-Unternehmen zu investieren oder sich auf die Erziehung der Kinder, auf Gesundheitsvorsorge bzw. Krankenbehandlung einzulassen.

Ähnliche Überlegungen haben einige Persönlichkeiten in Kinshasa in der Demokratischen Republik Kongo bewogen, eine Partei nach dem Vorbild der in Belgien beheimateten Partei VIVANT zu gründen, die sich für ein allgemeines Grundeinkommen einsetzt. Begründet wird die Initiative ausdrücklich damit, den informellen Sektor und die Innovationskraft der Leute zu stärken. Die Finanzierung soll durch eine spezielle Steuerreform erfolgen, verbunden mit dem Ausbau von bargeldlosem Zahlungsverkehr, der für alle größeren Transaktionen verpflichtend wäre.

Im Kongo werden am 31. Juli 2006 Parlamentswahlen stattfinden. Dass VIVANT eine Mehrheit bekommt, ist wohl kaum zu erwarten.

Die Diskussion um GE ist weltweit geworden, und viele Länder warten nicht mehr auf die internationale Gemeinschaft, sondern werden aktiv und setzen eigene Schritte mit dem Ziel einer gerechteren Gesellschaft.

Leicht überarbeiteter Vortrag anlässlich des
10. Allhauer Symposiums
„Moderne Jobs –Arbeitsformen für das 21. Jahrhundert.

Dr. Lieselotte Wohlgenannt ist
Mitarbeiterin der ksoe (Katholische Sozialakademie Österreichs)
Schottenring 35, 1010 Wien
www.ksoe.at